



Register 1

Höchstspannungsleitung

Osterath – Philippsburg; Gleichstrom

Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“)

Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ)

Rommerskirchen - Abschnitt Landesgrenze NRW/RLP

Hier:

Antrag auf Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG i.V.m. § 76 VwVfG

1. Planänderung

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	3
2	Antrag auf Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens	3
3	Rechtliche Grundlagen	3
4	Beschreibung der Planänderung	5
4.1	Erläuterung des Planänderungsantrags	5
4.2	Räumliche Anpassung der Planung.....	6
4.3	Betroffene Dritte	7
4.4	Auswirkungen der Änderung.....	7
4.4.1	Belange Immissionsschutz	7
4.4.2	Umwelt- und naturschutzfachliche Belange	9
4.4.3	Landwirtschaftliche Belange.....	13
5	Abschließende Gesamtbewertung.....	13
6	Verzeichnis über Literatur / Gesetze / Verordnungen / Vorschriften	14

1 Einführung

Mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 28.08.2025 wurde gemäß § 24 Abs. 1 NABEG [1] der Plan für die Errichtung und den Betrieb der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath – Philippsburg im Abschnitt Rommerskirchen - Landesgrenze NRW/RLP in Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) sowie im temporären Drehstrombetrieb [2] festgestellt.

Aufgrund eines nachträglich eingetretenen Anpassungsbedarfs bzw. der erst zum derzeitigen Zeitpunkt vorliegenden Konkretisierung der technischen Planung und Freischaltzeiten im Planfeststellungsabschnitt Rommerskirchen - Landesgrenze NRW/RLP beantragt die Vorhabenträgerin nunmehr die 1. Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens gemäß § 76 VwVfG [3].

Änderungen und weitere Anpassungen in den Karten und im Text sind in der vorliegenden 1. Planänderung grün dargestellt, während der entfallende ursprüngliche Planungsstand ocker dargestellt ist.

2 Antrag auf Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens

Hiermit beantragt die Vorhabenträgerin gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG [4] i.V.m. § 76 VwVfG für das Vorhaben „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG [5] („UltraneT“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) Abschnitt Rommerskirchen - Landesgrenze NRW/RLP“

- die Verlegung und den Betrieb eines temporären 380-kV-Baueinsatzkabels im Bereich der UA Rommerskirchen und
- die Erhöhung eines Mastes des Auflastprovisoriums im Bereich der UA Rommerskirchen.

Die erforderlichen Maßnahmen werden in Kapitel **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** im Einzelnen beschrieben.

3 Rechtliche Grundlagen

Bei dem hiesigen Änderungsantrag dürfte die Durchführung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens nicht erforderlich sein, da es sich vorliegend um eine **Planänderung von unwesentlicher Bedeutung** nach § 76 Abs. 2 VwVfG handelt. Danach kann bei unwesentlichen Änderungen eines Plans von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. Diese Voraussetzungen liegen hier im Hinblick auf alle beantragten Änderungen vor, insbesondere, da die in Kapitel 4 dargestellten Änderungen im Verhältnis zur Gesamtplanung nicht erheblich sind.

Eine Planänderung ist als unwesentlich i. S. v. § 76 Abs. 2 VwVfG anzusehen, wenn diese im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung unerheblich ist (vgl. BVerwG, Urt. v. 17.12.2009 – 7 A 7/09, NVwZ 2010, 584). Dies ist insbesondere dann zu bejahen, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und die beabsichtigte Änderung die mit der Planfeststellung erfolgte Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt. Das ist stets der Fall, wenn Umfang, Zweck und Auswirkungen des Vorhabens im

Wesentlichen gleich bleiben und nur bestimmte, räumlich und sachlich abgrenzbare Teile geändert werden sollen. Darüber hinaus sind hinsichtlich der Beurteilung der Wesentlichkeit einer Änderung die Umweltauswirkungen eines Vorhabens zu berücksichtigen. Die Wesentlichkeit ist etwa dann zu verneinen, wenn die Ergänzung keiner UVP bedarf (vgl. BVerwG NVwZ 2007, 576 (549); BeckOK VwVfG/Kämper, § 76 Rn. 10-11).

Gemessen hieran handelt es sich bei dem hiesigen Änderungsantrag um eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG. Die Maßnahmen sind im Verhältnis zur Gesamtplanung als nicht erheblich anzusehen. So bleiben Umfang, Zweck und Auswirkungen des bereits festgestellten Vorhabens weitgehend gleich. Insbesondere bleibt die mit der Planung verfolgte Zielsetzung die gleiche. Zudem lassen die beabsichtigten Änderungen, also die Verlegung und der Betrieb eines temporären 380kV-Baueinsatzkabels sowie die geringfügige Erhöhung eines Mastes des Auflastprovisoriums, die mit der Planfeststellung erfolgte Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur ersichtlich unberührt (ständige Rechtsprechung, BVerwG, Urt. v. 16. Mai 2018, Az. 9 A 4.17, juris Rz. 38; siehe zuletzt OVG Münster, Beschl. v. 17. November 2023, Az. 11 A 182/22, juris Rz. 38). Die Entscheidungen beschränken sich zudem hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf lokal abgrenzbare Bereiche. Es handelt sich zudem um einen sachlich klar abgrenzbaren Änderungssachverhalt, durch den der grundsätzliche Umfang, Zweck und die Auswirkungen des Vorhabens als solche nicht modifiziert werden (vgl. Neumann/Külpmann, in: Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 10. Aufl., § 76 Rz. 18). Zusätzliche belastende Auswirkungen von „einigem“ Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange Einzelner sind von der Planänderung nicht zu erwarten (vgl. BVerwG, Urt. v. 16. Mai 2018, Az. 9 A 4.17, juris Rz. 38). Insbesondere ergeben sich keine Änderungen in der Bewertung bzgl. Immissionsschutz. Die vorgenannten Änderungen rufen zudem keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervor (siehe hierzu später unter Kapitel 4.4). Somit ist für diese Änderung auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich, erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen dieser Änderungen sind entsprechend der Darstellung in Kapitel 4 nicht zu erwarten.

Darüber hinaus liegen auch die weiteren Verfahrensvoraussetzungen nach § 76 Abs. 2 VwVfG vor. Danach kann die Planfeststellungsbehörde von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Soweit vorliegend die privaten Belange Dritter durch die Änderungen berührt sind, haben diese der Änderung zugestimmt. Hierzu ist darauf hinzuweisen, dass bzgl. der Erhöhung eines Mastes des Auflastprovisoriums schon keine neuen Grundstücksbetroffenheiten entstehen. Die Belange anderer werden somit in Bezug auf diese Änderungen schon nicht nachteilig berührt. Die Verlegung und der temporäre Betrieb des 380-kV-Baueinsatzkabels bedingt eine Neuinanspruchnahme bisher nicht betroffener Grundstücke. Die von der Änderung betroffenen Eigentümer stimmen dieser zu (siehe Kapitel 4.3).

Hierauf bezugnehmend bittet die Vorhabenträgerin um Zulassung der 1. Planänderung im Verfahren nach § 76 Abs. 2 VwVfG („Änderungsbescheid“).

4 Beschreibung der Planänderung

4.1 Erläuterung des Planänderungsantrags

Zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Versorgungssicherheit während der Errichtung des Spannungsfeldes zwischen Mast Nr. 29B (Bl. 4207) und Mast Nr. 2 (Bl. 4215) ist ein 380-kV-Baueinsatzkabel erforderlich, dessen Verlegung und Betrieb mit der vorliegenden 1. Planänderung beantragt wird. Die temporäre Maßnahme beinhaltet ein 380-kV-Baueinsatzkabel zwischen der UA Rommerskirchen und Mast Nr. 3 der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen – Opladen (Bl. 4560).

Im Rahmen der Errichtung von Ultramet wird der Gleichstromkreis mittels zwei neuer 380-kV-Masten (Mast Nr. 29A und 29B der Bl. 4207) östlich an der Umspannanlage Rommerskirchen vorbeigeführt. Die Errichtung dieser beiden Masten ist Teil des nördlich angrenzenden Genehmigungsabschnittes Osterath - Rommerskirchen. Von dort wird der Gleichstromkreis auf den Bestandsmast Nr. 2 der Bl. 4215 geführt. Im Spannungsfeld zwischen Mast Nr. 29B (Bl. 4207) und Mast Nr. 2 (Bl. 4215) werden die drei Leitungen Bl. 4560, 4515 und 4513 überkreuzt. In diesem Bereich wäre für den Seilzug wegen der Spannungsnähe eine zeitgleiche Freischaltung für insgesamt sechs Stromkreise erforderlich.

Aufgrund der erst zum derzeitigen Zeitpunkt vorliegenden Konkretisierung der technischen Planung und Freischaltzeiten ist zur Minimierung der Anzahl gleichzeitiger Freischaltungen bzw. der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit vorgesehen, einen 380-kV-Stromkreis durch den Einsatz eines 380-kV BEK zwischen der 380-kV-Anlage Rommerskirchen und dem Mast Nr. 3 der Bl. 4560 in Betrieb zu belassen. Bei Mast Nr. 3 der Bl. 4560 erfolgt der Anschluss des Baueinsatzkabels an das vorher errichtete und im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens genehmigte Auflastprovisorium (Beschluss der Bundesnetzagentur vom 28.08.2025). Hierfür muss die Höhe vom provisorischen Mast Nr. P1 des Auflastprovisoriums angepasst werden. Mit einer Höhe von 22,6 m über EOK wird der Mast Nr. P1 um 3 m höher errichtet (vgl. Register 3.1, PÄ1 und Register 4.3.1, PÄ1).

Das 380-kV-Baueinsatzkabel hat eine Länge von 1000 m und besteht aus insgesamt sechs Einzelkabeln (zwei Kabel pro Phase), die in einem Schutzstreifen nebeneinander im Abstand von ca. 0,25 m verlegt werden. Die Schutzstreifenbreite für das Baueinsatzkabel beträgt insgesamt maximal 15,5 m (vgl. Register 6.4.1 Blatt 1.1 PÄ1). Zum Einsatz kommen VPE-isolierte (vernetztem Polyethylen) Kupferkabel mit Kupferdrahtschirm und robustem PE-Außenmantel. Jedes Einzelkabel hat ein spezifisches Gewicht von ca. 19,7 kg/m. Die einzelnen Kabel des Baueinsatzkabels werden von einer temporären Arbeitsfläche von Kabelspulen abgerollt und mittels Winden und Umlenkrollen auf vollflächigem Vlies zum Schutz gegen Verunkrautung auf dem Boden aufliegend verlegt. Für das Verlegen und den Rückbau des Kabels werden entlang des Kabelverlaufes temporär Stahlplattenwege ausgelegt. Der Schutzstreifen des Baueinsatzkabels wird vor Inbetriebnahme als elektrische Anlage sicher eingezäunt.

In der Mitte des Kabelverlaufes wird ein landwirtschaftlicher Weg (Gemarkung Hüchelhoven, Flur 9, Flurstück 80) unterquert. Hierzu werden in sechs Kabelgräben U-Betonbausteine quer zur Fahrbahn eingebaut, in denen die Kabel unter dem Weg einzeln geführt werden. Die U-Betonbausteine werden mit Metallplatten schwerlastfähig abgedeckt. Der Aushub wird bis zum Wiedereinbau seitlich auf der Baustelleneinrichtungsfläche gelagert. Der in Nord-Süd-Richtung verlaufende landwirtschaftliche Weg (bestehender Schotterweg) westlich des geplanten

380-kV- Baueinsatzkabels wird als Zuwegung zum Portal 417 auf ca. 160 m Länge mit Schotter ertüchtigt.

In den beiden Bereichen der Kabelübergabe an der UA Rommerskirchen und am Mast Nr. 3 (Bl. 4560) werden jeweils drei Gerüste für die Kabelendverschlüsse benötigt, die jeweils zwei einzelne Kabel aufnehmen und über eine Steigleitung an die einzelnen Phasen des zu überbrückenden Stromkreises angeschlossen werden. Um die Standsicherheit der Gerüste zu gewährleisten, muss der Oberboden in beiden Bereichen auf einer Fläche von ca. 7 m x 20 m abgeschoben werden. Nach dem Einbau eines Trennvlieses werden diese Flächen geschottert. Der abgeschobene Oberboden wird bis zum Wiedereinbau seitlich auf der Baustelleneinrichtungsfläche gelagert. Nach Rückbau der Gerüste wird der Schotter ausgebaut und der Oberboden wieder eingebracht.

Die räumliche Lage des Provisoriums ist im Register 2 Blatt 1 PÄ1 (Übersichtspläne im Maßstab 1:25.000) dargestellt. Der parzellenscharfe Verlauf kann dem Register 6.4.1 Blatt 1.1 PÄ1 und 6.4.2 Blatt 1.2 PÄ1 (Lagepläne im Maßstab 1:2.000) sowie dem Register 7.4.1 PÄ1 und 7.4.2 PÄ1 (Rechtserwerbsverzeichnis) entnommen werden. In den Lageplänen sind der Trassenverlauf, die Schutzstreifenbreite und die Baustelleneinrichtungsflächen dargestellt. Im Rechtserwerbsverzeichnis sind die Grundstücksbetroffenheiten aufgeführt.

Die vorbereitenden Arbeiten (Wegebau) sind für Februar 2026 vorgesehen. Im Zeitraum von März bis Ende April 2026 wird das Baueinsatzkabel verlegt und betriebsbereit angeschlossen, sodass der Seilzug zwischen Mast Nr. 29B (Bl. 4207) und Mast Nr. 2 (Bl. 4215) im Mai 2026 durchgeführt werden kann. Nach Abschluss des Seilzugs werden das 380-kV-Baueinsatzkabel zurückgebaut und der überbrückte Stromkreis der Bl. 4560 im Normalzustand wieder in Betrieb genommen. Der Demontagezeitraum des Baueinsatzkabels inkl. der Baustellenräumung beträgt ca. 2 Monate.

Die Verlegung und der Betrieb des vorgenannten Baueinsatzkabels erfordert die temporäre Inanspruchnahme von Grundstücken. Diese müssen zum Zwecke des Baus und des Betriebs des Baueinsatzkabels im vorgenannten Zeitraum jederzeit benutzt, betreten und befahren werden können. Eine dauerhafte Flächenversiegelung ist mit dem Bau und Betrieb des Baueinsatzkabels nicht verbunden. Die Baustelleneinrichtungsflächen wie auch die Flächen, die für Zufahrten in Anspruch genommen werden, werden nach Abschluss der Baumaßnahme in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt. Entstandene Flur- und Wegeschäden werden nach Abschluss der Arbeiten bewertet und durch die Vorhabenträgerin behoben oder entschädigt. Aufwuchsschäden werden entschädigt.

Die Baumaßnahmen werden durch die UBB begleitet.

4.2 Räumliche Anpassung der Planung

Die temporär in Anspruch zu nehmenden Arbeitsflächen und Zuwegungen gehen über die bisher planfestgestellten Baustelleneinrichtungsflächen und Zuwegungen hinaus. Somit sind von dieser Maßnahme weitere Grund- bzw. Flurstücke über das bisher geplante Maß hinaus betroffen. Die durch das Baueinsatzkabel betroffenen Arbeitsflächen und Zuwegungen lassen sich den Lageplänen 6.4.1 Blatt 1.1 PÄ1 und 6.4.2 Blatt 1.2 PÄ1 im Maßstab 1:2.000 in Register 6 entnehmen.

4.3 Betroffene Dritte

Gegenüber der planfestgestellten ursprünglichen Planung kommt es durch die Planänderung zu einer Inanspruchnahme bislang nicht betroffener Flurstücke. Die von der Änderung betroffenen Eigentümer und Bewirtschafter stimmen dieser zu. Die Zustimmungen liegen der Planfeststellungsbehörde vor.

Ebenso kommt es durch die Planänderung zu einer veränderten Inanspruchnahme von Natur und Landschaft. Die zuständige Untere Naturschutzbehörde des Rhein-Erft-Kreises hat keine Bedenken geäußert. Die Obere Naturschutzbehörde bei der Bezirksregierung Köln wurde auch um Zustimmung gebeten. Das Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde liegt der Planfeststellungsbehörde vor.

4.4 Auswirkungen der Änderung

Die Änderung der technischen Planung hinsichtlich des benötigten Baueinsatzkabels hat potenziell Einfluss auf bau- und betriebsbedingte Immissionen sowie auf die temporäre Flächeninanspruchnahme, Schadstoffemissionen durch Bautätigkeit, Schadstofffreisetzung durch Havarie an Geräten, Bewegungsunruhe auf der Baustelle und Raumanspruch der Masten und Leiterseile. Somit sind im Folgenden die Belange Immissionsschutz (EMF, Geräusche und AVV Baulärm [6]), Umwelt- und Naturschutz sowie Landwirtschaft zu betrachten. Weitere Belange sind nicht betroffen. Gegenüber der planfestgestellten ursprünglichen Planung kommt es durch die Planänderung zu einer veränderten Inanspruchnahme von Natur- und Landschaft.

4.4.1 Belange Immissionsschutz

4.4.1.1 EMF

Vorgaben der 26. BImSchV

Das für die Bauphase geplante Baueinsatzkabel wird ausschließlich in Wechselstromtechnik betrieben. Eine Betrachtung des Gleichstrombetriebs entfällt, da dieser Betrieb für das Baueinsatzkabel nicht vorgesehen ist. Das 380-kV-Baueinsatzkabel verläuft größtenteils im Trassenband der bestehenden Freileitungen der Bl. 4560, Bl. 4515, Bl. 4513 und Bl. 4215. Der Einwirkungsbereich eines Niederfrequenz-Erdkabels beträgt 1 m radial um das Kabel herum (vgl. LAI-Hinweise). Durch die Sicherung der Kabel mittels mobiler Bauzäune ergibt sich ein Schutzstreifen, der diesen Einwirkungsbereich abdeckt, sodass es hier keine relevanten Orte des nicht nur vorübergehenden Aufenthalts geben kann und entsprechend keine Immissionsorte vorliegen. Dies gilt auch für die Kreuzung des landwirtschaftlichen Weges mittels Kabelgraben. Da sich der Standort des Masten des Auflastprovisoriums nicht ändern, sondern nur die Höhe des Masten und bereits in der ursprünglichen Planung keine Immissionsorte für das Auflastprovisorium existierten, ändert sich daran auch durch die Änderung der Masthöhe nichts.

Erhebliche Belästigungen oder Schäden durch Wirkungen wie Funkenentladungen gemäß § 3 Abs. 4 der 26. BImSchV sind bei einem Baueinsatzkabel auszuschließen, da der Kabelmantel das elektrische Feld vollumfänglich abschirmt. Für das Auflastprovisorium gelten auch unter Berücksichtigung der Änderung die Angaben aus Register 9.1 weiter.

Gemäß § 4 Abs. 3 der 26. BImSchV gilt das Überspannungsverbot von Gebäuden oder Gebäudeteilen, die zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, bei Neuerrichtungen in neuer Trasse. Da das Baueinsatzkabel keine Gebäude oder Gebäudeteile überspannt, wird diese Vorgaben der 26. BImSchV eingehalten. Wie bereits festgestellt, ändern sich die Orte des Auflastprovisoriums nicht, sondern nur die Höhe des Masten. Bereits in der ursprünglichen Planung existierten keine Gebäude oder Gebäudeteile im Nahbereich des Auflastprovisoriums, sodass es zu keiner Überspannung kommt. Daran ändert sich auch durch die Änderung der Masthöhe nichts.

Vorgaben der 26. BImSchVVwV

Gemäß § 4 Abs. 2 der 26. BImSchV sind Niederfrequenzanlagen, die neu errichtet werden entsprechend der Vorgaben der 26. BImSchVVwV zu minimieren. Im ersten Schritt erfolgt eine Vorprüfung entsprechend Nr. 3.2.1 der 26. BImSchVVwV. Unter Berücksichtigung des Einwirkungsbereichs nach Nr. 3.2.1.2 von 100 m konnten keine Orte des nicht nur vorübergehenden Aufenthalts in diesem Umkreis um das Baueinsatzkabel gefunden werden (vgl. auch Register 9.3.2 Bl. 1). Da sich bei dem Auflastprovisorium keine Standorte ändern, sondern nur die Masthöhe und bereits im Planfeststellungsverfahren keine Minimierungsorte existierten, ändert sich an der Bewertung nichts. Damit existieren für das Baueinsatzkabel und das Auflastprovisorium keine Minimierungsorte, sodass eine weitere Minimierungsprüfung obsolet ist. Die Vorgaben nach § 4 Abs. 2 der 26. BImSchV sind somit erfüllt.

EMF Nachweise

Da gemäß Definition in den LAI-Hinweisen keine maßgeblichen Immissionsorte vorliegen und das Baueinsatzkabel nur temporär genutzt wird, ergeben sich keine Änderungen für die Nachweise. Es wären keine anderen Nachweisorte gewählt worden.

4.4.1.2 Geräusche

Baueinsatzkabel weisen aufgrund ihres Aufbaus keine schalltechnisch relevanten Geräuschemissionen auf. Da somit durch das geplante 380-kV-Baueinsatzkabel keine relevanten Geräuschemissionen und -immissionen hervorgerufen werden, werden schalltechnische Auswirkungen auf betriebsbedingte Geräuschimmissionen mangels Relevanz vorliegend nicht näher untersucht.

Der Standort des Auflastprovisoriums bleibt erhalten, sodass die Aussagen aus Register 10 weiterhin gültig sind. Aufgrund der großen Entfernung zur nächstgelegenen Wohnbebauung weist das Auflastprovisorium weiterhin keine zu berücksichtigenden Immissionsorte im Einwirkungsbereich der Anlage auf.

4.4.1.3 Baulärm

Das Baueinsatzkabel sowie die damit einhergehenden Arbeiten für die Errichtung im Bereich der UA Rommerskirchen (ein oberirdisch verlegtes Baueinsatzkabel, Gerüste für die Kabelübergabe und ein Kabelgraben zur Querung eines landwirtschaftlichen Weges) haben keine Auswirkungen auf eine schutzbedürftige Bebauung, da die nächsten Gebäude (Ortsrand Rheidt) ca. 1 km entfernt sind und die Geräusche der Bauvorgänge hier nicht mehr zu relevanten Beurteilungspegeln führen werden.

4.4.2 Umwelt- und naturschutzfachliche Belange

Durch die Änderung kommt es potenziell zu zusätzlichen Umweltauswirkungen. Dahingehend werden im Folgenden die Änderungen im Hinblick auf die Schutzgüter des UVPG [7] beurteilt und darauf aufbauend erfolgt eine Beurteilung im Hinblick auf die Eingriffsregelung. Ergänzend werden nachfolgend die Änderungen mit Blick auf den Artenschutz, Natura 2000 und die geschützten Teile von Natur und Landschaft betrachtet.

4.4.2.1 UVP-Bericht/ LBP

Die im Kapitel 4.1 dargestellten Änderungen beeinflussen potenziell die folgenden Wirkfaktoren sowie die damit verbundenen Umweltauswirkungen (vgl. Register 17, Kapitel 3.5, Tabelle 3-13 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024):

Baubedingt:

- Temporäre Flächeninanspruchnahme (z.B. durch Arbeitsflächen und Zuwegungen)
 - Verlust oder Beeinträchtigung der Bodenfunktionen
 - Verlust oder Beeinträchtigung von Vegetation und Habitaten
 - Zerschneidungswirkung durch Zuwegungen
 - Temporärer Verbrauch von Flächen
 - Staubentwicklung auf den Bauflächen
- Schallemissionen durch Bautätigkeit und Baustellenverkehr
 - Schallimmissionen
- Schadstoffemissionen durch Bautätigkeit (Baumaschinen)
 - Schadstoffimmissionen durch Baustellenverkehr und Baumaschinen
- Schadstofffreisetzung durch Havarie an Geräten
 - Schadstoffimmissionen
- Bewegungsunruhe auf der Baustelle
 - Visuelle Störungen

Anlagebedingt:

- Raumanspruch der Masten und Leiterseile (Freileitungsprovisorium)
 - Verunfallung von Vögeln durch Leitungsanflug

Durch die Planänderung sind keine weiteren der in Register 17, Kapitel 3.5, Tabelle 3-13 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024 benannten Wirkfaktoren und Umweltauswirkungen zu erwarten. Die Änderungen bringen auch keine neu hinzutretenden Wirkfaktoren mit sich, sodass ein Eintreten anderer erheblicher Umweltauswirkungen generell ausgeschlossen werden kann.

Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit: Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf eine schutzbedürftige Bebauung, da die nächsten Gebäude (Ortsrand Rheidt) ca. 1 km entfernt sind und die Geräusche der Bauvorgänge hier nicht mehr zu relevanten Beurteilungspegeln führen werden (siehe Kapitel 4.4.1.3).

Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt: Durch die Änderungen kommt es zum Verlust oder Beeinträchtigung von Vegetation und Habitaten. Konkret sind folgende Biototypen betroffen:

- 33.04a.03 Äcker und Ackerbrache auf Lehm- oder Tonboden – Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)
- 39.03.02 Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft
- 52.01.01a Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn)
- 52.02.04a Geschotterter Weg oder Weg mit wassergebundener Decke
- 52.02.06 Unbefestigter Weg
- 53.01.20a Ver- und Entsorgungsanlage, z. B. Kläranlage, Wasserwerk, Staudamm

Es handelt sich dabei um Biototypen mit überwiegend geringem Wert. Standorte seltener und/oder geschützter Pflanzenarten werden nicht in Anspruch genommen. Die temporär in Anspruch genommenen Flächen werden durch die Maßnahme V_R01 (vgl. Register 18, Anhang A, Karte 2, Bl. 1 und 2 PÄ1) rekultiviert. Erhebliche Beeinträchtigungen durch Zerschneidungswirkung durch Zuwegungen sind aufgrund der zeitlichen und räumlichen Begrenzung von Verkehrsaufkommen und Bauarbeiten auszuschließen.

In dem von der Planänderung betroffenen Bereich kommt die Feldlerche vor. Darüber hinaus sind potenzielle Vorkommen des Feldhamsters anzunehmen. Zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen ist auf den Offenlandbereichen die Maßnahme V09 „Vermeidung der Beeinträchtigung von bodenbrütenden Vogelarten“ umzusetzen, um eine Tötung sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 (1) Nr. 1 und 3) BNatSchG zu vermeiden (vgl. Register 18, Anhang B PÄ1 und Anhang A, Karte 1, Bl. 1 und 2 PÄ1). Die zusätzliche Inanspruchnahme von Ackerflächen als potenzielles Habitat für den Feldhamster macht die Maßnahme V12 „Vermeidung der Beeinträchtigung des Feldhamsters“ erforderlich (vgl. Register 18, Anhang B PÄ1 und Anhang A, Karte 1, Bl. 1 und 2 PÄ1).

Erhebliche Beeinträchtigungen in Bezug auf Störungen empfindlicher Tierarten sind auszuschließen, da im Bereich der Änderungen keine entsprechenden Artvorkommen bekannt sind.

Die Erhöhung des Provisoriumsmasten P1 am Mast Nr. 3 (Bl. 4215) führt nicht zu einer veränderten Bewertung der Konfliktintensität bezüglich der Auswirkung „Verunfallung von Vögeln durch Leitungsanflug (anlagebedingt)“ gemäß BERNOTAT & DIERSCHKE (2021) [9], da der Mast weiterhin kleiner und kompakter als herkömmliche Masten ist und die übrigen für die Bewertung herangezogenen Kriterien durch die Planänderung nicht verändert werden (vgl. Register 17, Kapitel 5.2.7.4 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024). Gleiches gilt für die potentielle Auswirkung „Meidung trassennaher Flächen durch Vögel“. Eine Beeinträchtigung durch diese Auswirkung infolge der Planänderung ist daher auszuschließen.

Die Erhöhung des Provisoriumsmasten P1, sowie die Verlegung des Baueinsatzkabels nördlich des Mast Nr. 3 (Bl. 4215) erfolgen teilweise innerhalb des Naturparks „Rheinland“ (NTP-010) und der Biotopverbundfläche VB-K-5006-002 (siehe Kapitel 4.4.2.4). Darüber hinaus sind keine geschützten Teile von Natur und Landschaft oder Kompensationsflächen Dritter betroffen.

Schutzgut Boden: Im Bereich der temporären Flächeninanspruchnahme kann es zu einer durch freigelegte, vegetationslose Flächen sowie zum anderen durch mechanische Belastungen des Bodens potenziell zu Bodenerosion bzw. Bodenverdichtungen kommen. Am Anfang und Ende des Baueinsatzkabels im Bereich der Kabelendverschlüsse werden außerdem Schotterbetten angelegt, wofür der Abtrag des Oberbodens erforderlich ist. Die Eingriffstiefe entspricht dabei der der regulären landwirtschaftlichen Bodenbearbeitung bzw. erfolgt im Bereich eines bereits vorhandenen Weges, in dem der Boden bereits als verdichtet bzw. überformt anzusehen ist. Gleiches gilt für die Kabelgräben bei der Unterquerung des landwirtschaftlichen Weges. Die Arbeiten können Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen zur Folge haben. Dies betrifft im Bereich der Änderungen erosionsgefährdete Böden. Unter Einbezug der Maßnahmen V_{Boden} , V01 „Umweltbaubegleitung“ und V11 „Schutz vor Bodenerosion“ (vgl. Register 18, Anhang B PÄ1 Maßnahmenblätter) verbleiben keine erheblichen Beeinträchtigungen des Bodens. Möglichen Schadstofffreisetzungen durch Havarie an Geräten wird durch die allgemeine Maßnahme V_{Boden} begegnet (vgl. Register 18, Anhang B PÄ1). Somit kommt es nicht zu zusätzlichen Beeinträchtigungen des Schutzguts.

Schutzgut Fläche: Der temporäre Verbrauch von Fläche in Folge der Änderungen wirkt sich nicht erheblich nachteilig aus. Die Flächen stehen nach der Baumaßnahme wieder für den vorherigen Verwendungszweck zur Verfügung und sind in ihrer Nutzung nicht zusätzlich eingeschränkt.

Schutzgut Wasser: Durch die Änderungen werden keine Oberflächengewässer in Anspruch genommen. Auch in das Grundwasser wird nicht eingegriffen. Es sind keine Trinkwasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten oder Gewässerrandstreifen betroffen. Somit kommt es nicht zu zusätzlichen Beeinträchtigungen des Schutzguts.

Schutzgut Luft und Klima: In Folge der Änderungen kommt es während der Bauphase nicht zu neuen erheblichen Beeinträchtigungen durch Staubentwicklung oder Schadstoffemissionen, da die Änderungen nicht die dazu relevanten Dimensionen haben.

Schutzgut Landschaft: Durch die Änderungen werden keine landschaftsprägenden Vegetationselemente beeinträchtigt. Aufgrund des temporären Charakters der Änderung ist eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nicht gegeben. Somit kommt es nicht zu zusätzlichen Beeinträchtigungen des Schutzguts.

Schutzgut Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter: Durch die Änderungen sind keine Boden- oder Baudenkmäler direkt betroffen. Eine visuelle Beeinträchtigung von Baudenkmälern oder Kulturlandschaften ist aufgrund des temporären Charakters der Änderungen nicht gegeben. Somit kommt es nicht zu zusätzlichen Beeinträchtigungen des Schutzguts.

Eingriffsregelung: Die von den Änderungen betroffenen Flächen werden im Zuge der Maßnahme V_{R01} „Rekultivierung“ rekultiviert. Da es sich bei den in Anspruch genommenen Flächen um Biotoptypen mit guter Regenerationsfähigkeit bzw. Wege handelt, ist davon auszugehen, dass der Zustand vor Umsetzung der Planänderung dem Zustand nach Umsetzung der Planänderung entspricht. Für den bestehenden Schotterweg westlich des geplanten 380-kV-Bauseinsatzkabels, der mit Schotter ertüchtigt wird, ist ebenfalls der bisherige Biototyp als Planungszustand anzunehmen. Durch die Änderungen ergibt sich somit kein zusätzlicher Kompensationsbedarf.

Auf den Flächen der Planänderung sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- V09 „Vermeidung der Beeinträchtigung von bodenbrütenden Vogelarten“

- V11 „Schutz vor Erosion“
- V12 „Vermeidung der Beeinträchtigung des Feldhamsters“
- V_R01 „Rekultivierung“

Die Maßnahmenkarten und bedarfsweise die Maßnahmenblätter (vgl. Register 18, Anhang A und B PÄ1) werden entsprechend angepasst.

4.4.2.2 Natura 2000

Durch die Änderungen sind keine Natura 2000-Gebiete oder Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie direkt betroffen. Das nächste Natura 2000-Gebiet weist eine Distanz von 5,8 km zu den Änderungen auf. Aufgrund der großen Entfernung, welche größer ist als die Wirkweite der Auswirkungen, auch im Hinblick auf mögliche kumulative Wirkungen (vgl. Register 20, Kapitel 4 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024) sind erhebliche Beeinträchtigungen von Natura 2000-Gebieten durch das Vorhaben auszuschließen.

4.4.2.3 Artenschutz

Die Änderungen gehen mit zusätzlicher temporärer Flächeninanspruchnahme einher. Betroffen sind dabei Äcker, Wege und Wegerandstreifen. Es handelt sich hierbei um Flächen, die direkt angrenzend zu den planfestgestellten Flächen liegen. Folglich ist mit den gleichen artenschutzrechtlichen Konflikten zu rechnen. Im Bereich der Planänderung kommt die Feldlerche vor. Darüber hinaus sind potenzielle Vorkommen des Feldhamsters anzunehmen.

Zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen ist auf den Offenlandbereichen die Maßnahme V09 „Vermeidung der Beeinträchtigung von bodenbrütenden Vogelarten“ umzusetzen, um eine Tötung sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 (1) Nr. 1 und 3 BNatSchG) zu vermeiden (vgl. Register 18, Anhang B PÄ1 und Anhang A, Karte 1, Bl. 1 und 2 PÄ1).

Die zusätzliche Inanspruchnahme von Ackerflächen als potenzielles Habitat für den Feldhamster macht die Maßnahme V12 „Vermeidung der Beeinträchtigung des Feldhamsters“ erforderlich (vgl. Register 18, Anhang B PÄ1 und Anhang A, Karte 1, Bl. 1 und 2 PÄ1).

Es entstehen keine zusätzlichen Konflikte durch Zerschneidungswirkungen als Folge von Flächeninanspruchnahmen. Die zusätzlichen Arbeiten an der Baustelle erzeugen auch keine Schallimmissionen oder visuellen Störungen, die zum Auslösen von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen führen können.

Die Erhöhung des Provisoriumsmasten P1 am Mast Nr. 3 (Bl. 4215) führt nicht zu einer veränderten Bewertung der Konfliktintensität bezüglich der Auswirkung „Verunfallung von Vögeln durch Leitungsanflug (anlagebedingt)“ gemäß BERNOTAT & DIERSCHKE (2021) [9], da der Mast weiterhin kleiner und kompakter als herkömmliche Masten ist und die übrigen für die Bewertung herangezogenen Kriterien durch die Planänderung nicht verändert werden (vgl. Register 17, Kapitel 5.2.7.4 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024). Gleiches gilt für die potenzielle Auswirkung „Meidung trassennaher Flächen durch Vögel“. Eine Beeinträchtigung durch diese Auswirkung infolge der Planänderung ist daher auszuschließen (vgl. Register 19, Kapitel 6.3.2 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024).

Insgesamt können artenschutzrechtliche Verbotstatbestände somit weiterhin ausgeschlossen werden (vgl. Register 19 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024).

4.4.2.4 Geschützte Teile von Natur und Landschaft

Die Änderungen liegen teilweise innerhalb von geschützten Teilen von Natur und Landschaft. So erfolgen die Erhöhung des Provisoriumsmasten P1, sowie die Verlegung des Baueinsatzkabels nördlich des Mast Nr. 3 (Bl. 4215) innerhalb des Naturparks „Rheinland“ (NTP-010) und der Biotopverbundfläche VB-K-5006-002 (besondere Bedeutung).

Für den Naturpark liegt keine eigenständige Verordnung vor. Die Zielsetzungen und Zwecke sind allgemein in § 27 BNatSchG [8] definiert. Aufgrund des rein temporären Charakters der Änderungen und der starken Vorbelastung ist davon auszugehen, dass mit keiner erheblichen Beeinträchtigung der Zielsetzungen und Zwecke zu rechnen ist. Es sind keine Anträge auf Genehmigung, Ausnahme oder Befreiung erforderlich (vgl. Register 21, Kapitel 3.6.1.1 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024).

Spezielle Verbote für Biotopverbundflächen, für die gesonderte Befreiungen zu beantragen wären, werden in den Fachbeiträgen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht angegeben. Ungeachtet dessen ist aufgrund des rein temporären Charakters der Änderungen davon auszugehen, dass die Funktion der großflächigen Biotopverbundflächen langfristig erhalten bleibt. Erhebliche Beeinträchtigungen sind somit nicht zu erwarten (vgl. Register 21, Kapitel 3.10 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024).

4.4.3 Landwirtschaftliche Belange

Durch die Änderungen werden während der Bauphase rund 3,7 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche in Nordrhein-Westfalen zusätzlich für Baumaßnahmen in Anspruch genommen. Nach Abschluss der Baumaßnahmen stehen die Flächen wieder für die landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung. Es erfolgt vor Baubeginn eine Begutachtung der für die Baumaßnahme in Anspruch zu nehmenden Flächen seitens Amprion, der ausführenden Baufirma und den betroffenen Bewirtschaftern der Flächen. Dieses Vorgehen dient der Beweissicherung und Information zu welchem Zeitpunkt die Flächen während der Baumaßnahme in Anspruch genommen werden und gleichzeitig der Klärung, ob bauseits mögliche Optimierungen für den Bewirtschafter möglich sind. Nach Abschluss der Baumaßnahme wird durch ein Flurschadensprotokoll dokumentiert in welcher Art und Weise der entstandene Flurschaden reguliert wird. Entstandene Flur- und Wegeschäden werden nach Abschluss der Arbeiten bewertet und durch die Vorhabenträgerin behoben oder durch die Vorhabenträgerin entschädigt (vgl. Register 25 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG vom April 2024).

5 Abschließende Gesamtbewertung

Unter Beachtung aller zwingenden gesetzlichen Vorgaben und unter Abwägung aller planänderungsbetroffenen Belange sowie unter Berücksichtigung der von der Vorhabenträgerin eingeholten Zustimmungen ist festzuhalten, dass nach Verwirklichung des planfestgestellten Vorhabens einschließlich der hier zur Zulassung gestellten Planänderung keine Beeinträchtigungen schutzwürdiger Interessen verbleiben werden, welche die mit dem Gesamtvorhaben verfolgten bedeutsamen Allgemeinwohlbelange des Netzausbaus und die mit der Planänderung erfolgte Anpassung überwiegen könnten.

Die Vorhabenträgerin bittet daher um antragsgemäße Zulassung der Änderungsplanung.

6 Verzeichnis über Literatur / Gesetze / Verordnungen / Vorschriften

1. Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist
2. Amprion GmbH (2024): Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ); Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Rommerskirchen - Landesgrenze NRW/RLP. April 2024, <https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/abschnitt.html?nummer=2&gruppe=bbplg&status=pfv&abschnitt=Abschnitt+E1>
3. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 25. Mai 1976 (BGBl. I S. 1253), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist
4. Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG), vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 317) geändert worden ist
5. Gesetz über den Bundesbedarfsplan (Bundesbedarfsplangesetz - BBPlG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 239) geändert worden ist
6. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (Geräuschimmissionen – AVV Baulärm) vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz. Nr. 160 v. 01. September 1970)
7. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 25. November 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 282) geändert worden ist
8. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG), vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist
9. Bernotat, Dirk & Dierschke, Volker. (2021): Übergeordnete Kriterien zur Bewertung der Mortalität wildlebender Tiere im Rahmen von Projekten und Eingriffen. Teil II.1: Arbeitshilfe zur Bewertung der Kollisionsgefährdung von Vögeln an Freileitungen. 4. Fassung, Stand 31.08.2021, 94 S. Teil II.6: Arbeitshilfe zur Bewertung störungsbedingter Brutaussfälle bei Vögeln am Beispiel baubedingter Störwirkungen, 4. Fassung, Stand 31.08.2021, 31 S. 10.13140/RG.2.2.20943.61605.